

Kümmern statt Kürzen!

Die Linke

Unsere Kommunalpolitik für Hessen

Wir vertreten die Interessen derjenigen, die von ihrer Arbeit leben müssen – nicht von Aktienrenditen. Gemeinsam mit ihnen kämpfen wir für bessere Lebens- und Arbeitsbedingungen, für soziale Sicherheit und eine Gesellschaft, in der niemand zurückgelassen wird. Wir stellen uns entschieden gegen das Verächtlichmachen von Menschen – gegen jedes rassistische Ablenkungsmanöver, das die wahren Probleme dieser kapitalistischen Gesellschaft verschleiern soll: soziale Gerechtigkeit, öffentlicher Wohlstand und Klimaschutz für alle!

Dafür brauchen wir eine starke, antifaschistische, antirassistische, feministische und sozialistische Linke, die für Umverteilung und den Ausbau sozialer Infrastruktur kämpft. Wir sagen: Es darf keine Milliardäre geben, während andere kaum über die Runden kommen. Es ist ein Skandal, dass über Nacht Milliarden für die Rüstungsindustrie mobilisiert werden – während Kommunen nicht wissen, wie sie die ihnen aufgelegten Aufgaben erfüllen sollen.

Wir setzen uns auf allen Ebenen für Entspannungspolitik und gegen die zunehmende Militarisierung der Gesellschaft ein.

Diese Grundsätze gelten ebenso für unsere Kommunalpolitik. Linke Kommunalpolitik stellt das Leben und den Alltag in den Mittelpunkt. In unseren Kommunen entschei-

det sich, welches Leben wir führen. Hier sind unsere Kitas, Schwimmbäder und Spielplätze. Wir akzeptieren nicht, dass unsere Daseinsvorsorge und Infrastruktur immer weiter abgebaut werden.

Die Linke setzt sich für ein gutes Leben für alle ein. Hierbei orientieren wir uns an der Idee der „Sorgenden Städte“, fordern Umverteilung und eine Umstrukturierung der Finanzierung unserer Kommunen. Eine starke demokratische Gesellschaft und ein guter Alltag für alle Bewohner*innen unserer Kommunen brauchen ausreichende Finanzierung. Wir fordern die konsequente Umsetzung der Istanbul-Konvention, die Frauen vor Gewalt schützt.

Kommunale Politik muss von den Bedürfnissen der Menschen vor Ort gedacht werden. Dem steht die Profitlogik entgegen. Um dies zu verändern, können wir zum Beispiel vor Ort die Energieerzeugung in kommunale Hände legen und so klimaschonende Projekte vorantreiben.

Wir waren an tausenden Haustüren und haben die Menschen gefragt, wo ihnen der Schuh drückt. Die Antwort war eindeutig: In den Städten sind es die Preise und auf dem Land sind es die Preise, sofern es überhaupt ein Angebot gibt.

Darum fokussieren wir uns neben den konkreten Problemen vor Ort hessenweit auf vier Punkte:

Bezahlbarer Wohnraum

Die Kommunen müssen ihre Möglichkeiten nutzen, um der marktradikalen Mietenpolitik etwas entgegenzusetzen. Bezahlbarer Wohnraum muss für alle gesichert sein. Gerade Frauen und andere Geschlechter sind täglich von Gewalt betroffen und deshalb besonders auf sichere Rückzugsorte angewiesen. Auch Diskriminierung bei der Wohnungssuche, etwa aufgrund migrantischer Namen oder anderer Merkmale, darf in unseren Städten und Gemeinden keinen Platz haben.

Profitmaximierung verhindern

Kommunale Wohnungsbaugesellschaften dürfen nicht der Profitmaximierung dienen, sondern müssen deutlich mehr Sozialwohnungen mit dauerhafter Mietpreisbindung bauen und preiswerte Wohnungen anbieten. Den Mieter*innen mit geringem Einkommen müssen die Mieten sofort gesenkt werden.

Leerstand beenden

Wir nutzen bereits den „Leerstandsmelder“ und werden, wenn Kommunen untätig bleiben, mit publikumswirksamen Aktionen dagegen vorgehen.

Mietwohnungen erhalten

Wir treten der Verdrängung von Mieter*innen durch Umwandlung von Miet- in Eigentumswohnungen entgegen und solidarisieren uns mit den Betroffenen. Bestehende Milieuschutzgebiete müssen erhalten und neue zügig ausgewiesen werden.

Modernisierung ja, Mietwucher nein

Die energetische Modernisierung von Wohnungen ist aus Klimaschutzgründen sinnvoll und muss gefördert werden. Sie darf aber nicht durch Mieterhöhungen zu Lasten der Mieter*innen gehen. Wir überprüfen die Heizkosten, melden überhöhte Mieten und Mietwucher und begleiten diese Auseinandersetzungen mit öffentlichkeitswirksamen Aktionen.

Starker öffentlicher Personennahverkehr – mehr Mobilität für alle

Mobilität muss für alle Menschen gewährleistet sein. Wir setzen uns für den Ausbau des ÖPNV ein, gerade auch im ländlichen Raum: Er gehört in öffentliche Hand.

Mobilität garantieren

Wir wollen eine umfassende Mobilitätsgarantie, auch auf dem Land. Dafür müssen zusätzliche Buslinien, flächendeckende Rufbusse ohne Zuschläge und barrierefreie Haltestellen eingerichtet werden. Die weiteren öffentlichen Verkehrsträger – Straßenbahn und Schienenverkehr – müssen ebenfalls ausgebaut und alle Verkehrsträger miteinander vernetzt werden.

Mobilität jenseits des Profitprinzips

Kommunale Verkehrsunternehmen dürfen nicht länger dem Profitprinzip unterworfen sein – Ausschreibungswettbewerbe und Lohndumping müssen beendet werden. Wir wollen die vollständige Finanzierung kommunaler Verkehrsangebote durch das Land und die Einstufung des ÖPNV als kommunale Pflichtaufgabe. Das heißt: Geld statt Appelle. Um die Verkehrswende zu schaffen, braucht es faire Tariflöhne und gute Arbeitsbedingungen für die Beschäftigten.

ÖPNV kostenlos

Unser Ziel bleibt ein kostenloser ÖPNV für alle. Bis dahin brauchen wir freie Fahrt für Schüler*innen, Kinder und Jugendliche, für Rentner*innen sowie Menschen mit geringem Einkommen.

Zur Verkehrswende gehören ebenso der Ausbau der Radwege und mehr Raum für Fußgänger*innen. Künftige Stadtplanungskonzepte müssen dies berücksichtigen.

Öffentliche Infrastruktur sichern und ausbauen

Während der Bundeskanzler weiteren Sozialabbau ankündigt und Umverteilung nach oben betreibt, betonen wir: Öffentliche Infrastruktur ist die Grundlage des Sozialstaats – sie entscheidet darüber, ob Menschen am gesellschaftlichen Leben teilhaben können. Sie muss auf allen Ebenen, auch in der Kommune, verteidigt, demokratisiert und massiv ausgebaut werden.

Krankenhäuser in öffentliche Hand

Krankenhäuser gehören in öffentliche Hand – statt weiterer Privatisierungen braucht es Investitionen, eine bedarfsgerechte Versorgung sowie bessere Arbeitsbedingungen und tarifliche Entlohnung. Die Pflege zu Hause muss gestärkt werden: mit mehr Unterstützung für pflegende Angehörige und einer besseren ambulanten Versorgung.

Bildung unabhängig von Einkommen und Wohnort

Bildung darf nicht vom Wohnort oder Einkommen abhängen, daher bedarf es flächendeckender, ausreichender Kitaplätze – mit besserer tariflicher Bezahlung und Entlastung für Erzieher*innen. Schulen brauchen Gebäude, die nicht bröckeln, und moderne Ausstattung. Auch Schulsozialarbeit und Ganztagsangebote müssen ausgebaut werden.

Daseinsvorsorge braucht Teilhabe

Bibliotheken, Schwimmbäder, Jugendzentren und Senior*innentreffs gelten als „freiwillige Leistungen“, dabei sind sie unerlässlich. Frauenhäuser müssen ausreichend finanziert werden, um auch Menschen ohne sicheren Aufenthaltsstatus und andere besonders schutzbedürftige Personen aufzunehmen zu können. Öffentliche Infrastruktur gehört uns allen. Sie darf nicht kaputtgespart oder privatisiert werden.

Funktionierende Verwaltung erfordert gute Arbeitsbedingungen

Nicht zuletzt benötigen wir eine funktionierende öffentliche Verwaltung mit ausreichend vielen Beschäftigten. Gerade in den Ballungsräumen bleiben viele bewilligte Stellen unbesetzt, weil die Entlohnung zu niedrig ist, um sich die teuren Mieten leisten zu können. Die Folge: Viele sozial und ökologisch wertvolle Projekte können nicht in der gebotenen Geschwindigkeit umgesetzt werden. Auch darum unterstützen wir die Forderungen von Gewerkschaften und Personalräten nach einer angemessenen Entlohnung im öffentlichen Dienst.

Klimaschutz beginnt in den Kommunen

Wir werden schon 2050 eine Erderwärmung von 2–3 Grad haben. Im Rhein-Main-Gebiet 4 Grad und mehr. Das heißt: Hitzewellen von 40° und mehr mit erheblich mehr Hitzenötzen. Landwirtschaft und das Arbeiten im Freien werden über längere Perioden nur mit erheblichen gesundheitlichen Belastungen möglich sein. Wir müssen deshalb auch auf kommunaler Ebene raus aus Kohle, Öl und Gas! Die Stadtwerke sollen wieder in Bürgerhand gegeben und als Non-Profit-Unternehmen geführt werden.

Die Wärmewende muss auf erneuerbare Energie sozialverträglich umgestellt werden und nicht auf den viel zu teuren Wasserstoff, der nur den Kapitalanlegern Profit bringt und zu hohen Heizkosten führt. Die Pläne zur Fernwärme lehnen wir ab, weil sie nur zu Monopolstellungen von Kapitalanlegern führen, die uns dann den Heizkostenpreis diktieren. Aber auch lokal begrenzte Kältenetze (für naheliegende Wohnblocks) in Bürgerhand müssen geschaffen werden.

Wir müssen in den Kommunen Maßnahmen ergreifen, um die Bevölkerung, insbesondere Kinder und ältere Menschen, vor der zu-

nehmenden Hitzebelastung zu schützen. Voraussetzung ist: „Wald statt Asphalt“. Nur so können wir die Hitze in den Städten begrenzen und das Trinkwasser erhalten.

Die Linke setzt sich für den Erhalt der Wälder und gegen den weiteren Autobahnausbau und den Kiesabbau ein. Denn Ausgleichsflächen und Wiederaufforstung ersetzen keine über hundertjährigen Bäume. Wir brauchen größere Baumgruppen innerhalb der Ortschaften mit Parkanlagen. Das kann die Hitze in den Städten etwas dämmen.

Kommunen gut ausstatten

Wir wissen: All das kostet Geld. Doch die Kommunen sind unterfinanziert. Selbst zurückhaltende Berechnungen zeigen, dass ihr Anteil an der Einkommensteuer bei Weitem nicht ausreicht.

Einnahmen verbessern

Darum setzen wir uns für eine Verdopplung des Einkommensteueranteils der Kommunen ein. Zudem muss der Grundsatz gelten: Wer bestellt, bezahlt! Weiterhin engagieren wir uns für angemessene Gewerbesteuern und deren Weiterentwicklung zu einer Gemeindewirtschaftssteuer. Um Gewerbesteuerdumping einzelner Kommunen zu unterbinden, fordern wir einen Mindesthebesatz von 420 Punkten.

Auch eine arbeitgeber*innenfinanzierte Nahverkehrsabgabe ist ein wichtiger Baustein einer solidarischen Daseinsvorsorge.

Gleichzeitig braucht es auch auf der Bundesebene eine konsequente Umverteilung: Vermögen und große Erbschaften müssen endlich wieder angemessen besteuert werden. Wir brauchen eine Steuerpolitik, die untere und mittlere Einkommen entlastet

und abschöpft, was sich oben angesammelt hat. Wir bleiben dabei: Es sollte keine Milliardäre geben!

Nein zur Militarisierung

Doch der Trend geht in eine andere Richtung: Die Vermögensungleichheit nimmt zu und der Bundeshaushalt verschiebt sich zunehmend zugunsten des militärisch-industriellen Komplexes. Durch die Grundgesetzänderung wurde ein Blankscheck für Rüstung ausgestellt. Selbst Mittel aus dem Sondervermögen „Infrastruktur“ werden beim Militär landen: Unter dem Deckmantel der Brückensanierung sollen Straßen panzerfest gemacht werden.

Wir stellen uns der voranschreitenden Militarisierung entgegen. Öffentliche Mittel gehören in Soziales, Bildung, Gesundheit – und in den kommunalen Klimaschutz, nicht in Panzer und Rüstungsforschung.

Unterstützen Sie Die Linke, damit in Hessen wieder ein sozialer Wind weht.

Mehr erfahren

Dieser Text stellt die kommunalpolitischen Grundsätze der Linken Hessen zur Kommunalwahl 2026 in Kürze dar. Die ausführliche Fassung ist hier zu finden:



Langfassung der
„Dietzenbacher Erklärung“

Die linksjugend ['solid] Hessen hat ebenfalls ein kommunalpolitisches Programm beschlossen:



Jugendwahlprogramm der
linksjugend ['solid] Hessen